

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

7. Jahrgang.

Dienstag, 15. März 1927.

Nr. 62.

Bezugsbedingungen:  
Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh

## Kampf an allen Fronten.

In derselben Zeit, da die Sozialdemokratie einen Feldzug gegen die hochsichtige Knebelung der politischen Freiheit der Staatsbürger führt, sind einzelne Schichten der Arbeiterklasse in schwere, für die gesamte Arbeiterklasse der Tschechoslowakei bedeutungsvolle wirtschaftliche Kämpfe verwickelt.

Es handelt sich dem Bürgertum der Tschechoslowakei um zweierlei: Einmal soll der politische Einfluß der Arbeiterklasse in Staat, Land, Bezirk und Gemeinde geschwächt werden. Wie tief die Sehnsucht danach das Bürgertum bewegt, dafür spricht am deutlichsten, daß die deutschbürgerlichen Parteien die nationale Selbstverwaltung, die sie jahrelang als ihr Streben verkündet haben, nun im Eische lassen, wenn nur die Arbeiter dafür in den verworrenen Körperlichkeiten wenig zu sagen haben. Das andere Ziel aber, für das die Bürgerlichen gegenwärtig kämpfen, ist, das Stückchen Mitbestimmungsrecht, das sich die Arbeiterklasse, nicht zuletzt durch die ungeheuren Blutopfer des Krieges, erkämpft hat, zu beseitigen. In der Verwaltung ebenso wie in den Betrieben, seien es nun Staatsbetriebe oder Privatunternehmungen, will das Bürgertum wieder der Herr im eigenen Hause sein. Der „revolutionäre Schutz“ des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter in Politik und Wirtschaft soll hinweggeräumt werden.

Charakteristisch für die Absichten der bürgerlichen Parteien ist der unerhörte Angriff, der auf die Eisenbahner verübt worden ist. In jahrzehntelangen Kämpfen hat sich das Eisenbahnproletariat, das Kampf für Tag und Nacht um Nacht einen verantwortungsvollen, aufreibenden Dienst leisten muß, gewisse Rechte erkämpft. Jahrelang ging im alten Österreich der Kampf um die Koalitionsfreiheit der Eisenbahner, um das Recht, sich Organisationen zu schaffen. Als dann nach dem Kriege das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter der Privatbetriebe in dem Gesetz über die Betriebsräte im Bergbau und die Betriebsausschüsse in den übrigen industriellen Betrieben festgelegt worden war, da konnte der Staat auch den Eisenbahnern ein gewisses Mitbestimmungsrecht nicht vorenthalten. So entstanden die Vertrauensmännerausschüsse und der beim Eisenbahnministerium bestehende Zentralvertrauensmännerausschuß, der das statutarische Recht hat, in allen das Eisenbahnpersonal betreffenden Fragen mitzuzusprechen. Das Eisenbahnministerium aber, das doch in erster Linie dazu berufen ist, sich an die von der Regierung herausgegebenen Verordnungen zu halten, hat, ganz wie ein absoluter Monarch in der Vorkriegszeit, einfach eine Dienstordnung herausgegeben, ohne daß auch nur ein Vertreter irgend einer Eisenbahnerorganisation um seine Meinung gefragt worden wäre. In dieser Dienstordnung sollen insbesondere die Rechte der unteren Kategorien herabgesetzt werden. Die ganze Art, wie der Eisenbahnminister vorgeht, zeigt, daß er den Kampf sucht. Seine Rede in Poděbrad, die Warnung, die er an das Eisenbahnpersonal in den letzten Tagen gerichtet hat, erinnern an die Zeit des dunkelsten Österreich. Wollen die Eisenbahner in ihren Rechten nicht um Jahrzehnte zurückgeworfen werden, dann müssen sie den Kampf aufnehmen. Während der Eisenbahnminister nach der Gelegenheit späht, die Eisenbahner zu militarisieren und die Eisenbahner unter das Kommando von Rotweibern und Offizieren zu stellen, wollen die Eisenbahner in ihrer Gewissenhaftigkeit kein Mittel unversucht lassen, um den Streit auf friedlichem Wege auszutragen. Die heutige Besprechung der Eisenbahner-Abgeordneten mit dem Ministerpräsidenten, welche den letzten Versuch einer friedlichen Vereinbarung auf den Eisenbahnen darstellt, ist deshalb von entscheidender Bedeutung.

In demselben Augenblick, da die Regierung auch zu einem brutalen Schläge gegen die Bergarbeiter aus. Hier sollen den Bergarbeitern Rechte anerkannt werden, die sie seit vielen Jahrzehnten besitzen. Seitdem es einen Kohlenbergbau überhaupt gibt, haben

## Der Kampf der Eisenbahner.

Heute Vorsprache beim Ministerpräsidenten.

Am Sonntag fand eine Beratung von Eisenbahnerorganisationen, die 170.000 Eisenbahner vertreten, statt. Schon daraus geht hervor, welche Bedeutung dem nachstehenden Beschluß der Organisationen zukommt:

Die Exekutive der vereinigten Gewerkschaftsorganisationen der Eisenbahnbediensteten, vertritt um die Vertreter zweier weiterer Organisationen, hat in ihrer Plenarsitzung vom 13. d. M. den Bericht über die Informationen, welche durch den Regierungsvertreter Ministerialrat Fiser über die Grundzüge der Regierungsverordnung den Abgeordneten-Gewerkschaften gegeben wurden, angehört. Es wurde festgestellt, daß die Regierungsverordnung nicht einmal das durch das Gesetz festgesetzte Mindestmaß einhält. Sie übergeht auch die Tatsache, daß die Eisenbahnbediensteten im Jahre 1914 nicht in die neue Dienstpragmatik überführt wurden, und daß ihre Gehälter nach geringeren Einkünften valorisiert sind als die der übrigen Staatsangestellten. Diese Einwände wurden auch von Vertretern der Regierung nicht widerlegt.

Es wurde deshalb vereinbart, daß die Abgeordneten-Gewerkschafter sich am 15. d. M. zum

Ministerpräsidenten Svehla begeben, diese Einwände vorbringen und auf entsprechenden Veränderungen der Dienstordnung beharren.

Die Nachricht vom Ergebnisse dieser Intervention wird der Exekutive, die um die Vertreter der wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte vermehrt wird, und die über die weiteren Maßnahmen mitentscheiden werden, vorgelegt werden.

Die Exekutive hat weiter mit Dank die Kundmachung des Betriebsausschusses der Prager elektrischen Bahnen, in welcher dem Abwehrkampf der Eisenbahner die Sympathie ausgesprochen wird, ebenso zur Kenntnis genommen, wie eine gleiche Kundgebung der Tagung der Selbstverwaltungskörper.

Im Sinne des früheren Beschlusses der Exekutive wurden in dieser Sitzung die anderen, bisher unvertretenen Organisationen der Eisenbahnbediensteten eingeladen, von denen Vertreter des „Vereines deutscher Eisenbahnbeamter“ und der „Gewerkschaft deutscher Eisenbahner“ sich einfanden. Dagegen haben sich die Vertreter der tschechischen und deutschen christlichsozialen Vereine und der nationaldemokratischen Vereinigung nicht eingefunden.

## Erreulicher Wahl-Ausfall.

Große Wahlerfolge der österreichischen Genossen.

Wien, 14. März. (Eigenbericht.) Gestern haben wieder zwei Wahlen stattgefunden, die für die Sozialdemokratie große Erfolge gebracht haben. In dem Ort Piesting wurde der Gemeinderat neugewählt, weil die Bürgerlichen ihre Mandate zurückgelegt hatten, um so die sozialdemokratische Mehrheit zu Fall zu bringen. Das Ergebnis war, daß die Bürgerlichen noch ein Mandat verlieren, die Sozialdemokraten eins gewinnen und nun zehn Sozialdemokraten sechs Bürgerlichen in der Gemeindestube gegenüberstehen.

In Donauwörth fanden heute die Wahlen in den Betriebsrat statt; die Sozialdemokraten erhielten dabei 1991 Stimmen, die Kommunisten 706, die Christlichsozialen 264 und die Böhlschen 131. Gegenüber den Wahlen im vorigen Jahre haben die Sozialdemokraten mehr als 300 Stimmen gewonnen, die Christlichsozialen dagegen über hundert und die Kommunisten über vierhundert Stimmen verloren. Die Sozialdemokraten gewinnen vier Mandate, die Kommunisten verlieren drei und die Christlichsozialen ein Mandat.

die Bergarbeiter ihre besondere Kranken-, Alters- und Invaliditätsversicherung, ihre Witwen- und Waisenversorgung. Nun soll mit einem Schläge dieses alte Recht beseitigt werden, die selbständige Bergarbeiterversicherung soll aufgehoben, die Renten sollen um ein Drittel herabgesetzt, die Krankenversicherung soll verschlechtert werden und das schwer erkämpfte Mitbestimmungsrecht der Bergarbeiter in ihrer Versicherung, worum schon in den Achtzigerjahren blutige Kämpfe entbrannt sind, soll verschwinden. Ebenso rüsten die Bürgerparteien, unter Führung der Agrarier, die Sozialversicherung noch weiter zu verschlechtern. In dem bestehenden Gesetz ist die Selbstverwaltung der Versicherten, eine der Errungenschaften der christlichen Sozialpolitik der Achtzigerjahre, um die damals der konservative Dr. Baerenreither gekämpft hat, ohnehin schon auf ein Mindestmaß herabgedrückt worden. Welche Folgen das in Zukunft haben wird, wird man ja noch sehen. Eine jahrzehntelange Erfahrung lehrt auch hier, daß die Ausgestaltung der Heilfürsorge nur möglich ist unter tätiger Anteilnahme der Versicherten. Fehlt diese, dann sind der Ausgestaltung der Kranken- und Altersversicherung schwere Hindernisse in den Weg gestellt. Aber nicht einmal das bisherige Selbstverwaltungsrecht, welche das Bürgertum der Arbeiterklasse in dem Sozialversicherungsgezet noch gelassen hat, soll bestehen bleiben. Die Vertretung der Arbeiter in den Vorständen der Kranken-

## Differenzen im deutschen Bürgerblut.

Neuer Arbeitszeitgesetz und Außenpolitik.

Berlin, 14. März. (Eigenbericht.) Im Lager der Regierungsparteien ist es zu erheblichen Differenzen gekommen, vor allen Dingen über Fragen sozialpolitischer Art. Es bestehen über das Arbeitszeitgesetz noch weitgehende Meinungsverschiedenheiten; ebenso ist über die Erhöhung der Invalidenrenten noch keine Verständigung erzielt. Das Zentrum, das zahllose Arbeiter in seinen Reihen hat, muß auf diese größere Rücksicht nehmen, wogegen die deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen vor allem die Unternehmerinteressen wahren wollen. Die Differenzen sind schon so weit gediehen, daß der Zentrumsgewählte Esser den Vorsitz im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages niedergelegt hat.

Auch in den Fragen der Außenpolitik dürfte es zu lebhaften Auseinandersetzungen kommen. Die deutschnationale Presse ist über das Ergebnis von Genf außerordentlich unzufrieden; sie behauptet, daß Stresemann schlecht abgeschnitten habe, und ein Teil der deutschnationalen Presse verlangt sogar den Austritt aus dem Völkerbund. Zu einer großen außenpolitischen Debatte wird es voraussichtlich am kommenden Donnerstag bei der Beratung des auswärtigen Etats kommen.

versicherungsanstalten soll vermindert, die Verfügungsgewalt der Sozialversicherungsanstalt über deren Gelder dem Finanzministerium übertragen werden.

Es ist kein Wunder, daß die Bemühungen des Staates, das Recht der Arbeiter einzuschränken, auch bei den Privatunternehmern Nachahmung hervorruft. Dafür bietet der Kampf der nordböhmischen Textilarbeiter ein lehrreiches Beispiel. Die Unternehmer haben wohl einen Vertrag abgeschlossen, aber sie haben ihn nur kurz befristet, von der Ueberzeugung ausgehend, daß in wenigen Monaten der Augenblick gekommen sein wird, einen allgemeinen Angriff auf die Lebenshaltung der ohnehin elend lebenden Textilarbeiter des Landes zu unternehmen.

So muß sich die Arbeiterklasse dessen bewußt werden, daß das Bürgertum einen konzentrischen Angriff auf Lebenshaltung und Rechte des Proletariates unternimmt und die Gleichgültigen unter der Arbeiterklasse müssen erkennen, welche Gefahr jedem arbeitenden Menschen droht. Pflicht der Arbeiterklasse ist es, sich durch ihre Organisationen zu scharen und in unverrücklicher Treue zu Partei und Gewerkschaften zu stehen, damit die Arbeiterklasse nicht eine wehrlose Beute des in Unternehmerverbänden und Regierung organisierten Bürgertums wird. Die Zeiten sind ernst, darum muß die Arbeiterklasse ihre Kräfte mobilisieren. Jeder Mann an seinen Platz und bereit sein!

## Ein Volk in Waffen.

Frankreichs neues Kriegsgezet.

D. D., Paris.

Die französische Kammer hat nach kurzer, nur viertägiger Dauer das Kriegsgezet mit allen Stimmen gegen jene der Kommunisten angenommen.

Das neue Gezet vertritt das Wort: Ein Volk in Waffen. Es beginnt mit der Bestimmung, daß im Kriegsfall alle französischen Staatsbürger an der Verteidigung des Landes oder an der materiellen und moralischen Erhaltung desselben teilnehmen müssen, ohne Rücksicht auf ihr Alter und ihr Geschlecht. Also die echte allgemeine Kriegsdienstpflicht. Daß die bürgerliche Mehrheit sich ein solches Gezet zu eigen macht, wäre leicht zu verstehen. Aber daß die sozialistische Minderheit das gleiche tut, ja mehr, daß sie den Referenten stellt, der diese Vorlage zu verteidigen hat, das ist schon schwerer zu begreifen. Und doch muß dies- mal festgehalten werden, daß nicht nur die parlamentarische Fraktion der Partei, sondern — mit ganz wenigen Ausnahmen — die gesamte Partei einhellig für das Kriegsgezet war. Ja selbst bei den Kommunisten, die nicht für die Vorlage gestimmt haben, war die Opposition mehr eine formale, um die Sozialisten ins Unrecht zu setzen. Der Mangel jeglicher kommunistischen Agitation gegen die Kriegsvorlage außerhalb des Parlaments und ihre laue Opposition in der Kammer selbst, sind die besten Zeichen dafür. Will man all dies verstehen, muß man sich die in ganz Frankreich herrschende Mentalität vergegenwärtigen. Es ist eine alte Geschichte, daß jedes Siegerland Angst vor einem Revanchekrieg hat. So natürlich auch Frankreich. Hier aber ist diese Angst um so größer, weil alle Welt schon die Ungerechtigkeiten des Friedensschlusses einsehlich. Bis auf eine Minderheit, die jene Ungerechtigkeiten durch weitere Gewalt aufrechterhalten möchte, sucht deshalb die allgemeine Stimmung den Weg zu einer Verbündung mit Deutschland. Da aber dieser Weg sehr schwer zu finden ist, und da man sieht, daß in Deutschland zeitweilig noch immer die Kriegs- und racheulustige Rechte das Uebergewicht hat, entspricht es der allgemeinen Stimmung in Frankreich, wenn man neben der Verbündung auch Mittel und Wege sucht zur Verteidigung.

Gewiß, der Gedanke einer Kriegsdienstpflicht, die ganz Frankreich militarisiert, alle seine Bürger, alle seine Institutionen, alle seine geistigen und moralischen Kräfte, hat etwas Befremdendes an sich. Man muß diese Militarisierung mit allen möglichen Vorkehrungsmaßnahmen einbringen, im rauhen Sturm der Kriegsführung werden doch alle Vorsichtsmaßnahmen zu nichts zusammenschrampen und nur die Militarisierung allein bleiben. Und Frankreich wird mit diesem Gezet sicherlich nicht allein bleiben. Schon „studiert“ man es eifrig im Ausland, und wir können darauf gefaßt sein, daß bald auch andere Völker mit ähnlichen Gesetzen bedacht werden. Ob das zur Aufrechterhaltung des Friedens beitragen wird, ist allerdings fraglich. Und die französischen Sozialisten sind sich dessen bewußt. Sie meinen aber, daß, nachdem unter der Herrschaft des Kapitalismus Krieg doch nicht ausgeschlossen sind, es das Klügste sei, die Vorbereitung so zu gestalten, daß sie der Kriegsbereit am wenigsten dienen könne. Und diesem Ziele — das kann nicht geleugnet werden — ist in dem neuen Gezet nach Möglichkeit Rechnung getragen.

Vor allererst darf die im Gezet vorgesehene allgemeine oder auch nur teilweise Mobilisierung nur im Falle einer Angriffs oder auf Anforderung des Völkerbundes erfolgen. Daß eine solche Mobilisierung nicht gegen innere Unruhen oder gar gegen Streiks angewendet werden darf, bestimmt das Gezet ausdrücklich. Ferner macht das Gezet alle Kriegsgewinne unmöglich durch die Bestimmung, daß alle wirtschaftlichen Unternehmungen der Mobilisierung unterliegen und ihr Nutzen die übliche Verzinsung der Staatsanleihen nicht übersteigen dürfe. Ferner ist die eigentliche Leitung des Krieges aus den Händen der Militärs genommen und der zivilen Regierung übergeben und für die Kriegszeit das Parlament in Permanenz erklärt, zwecks Kontrolle der Regierung. Das mag wenig erscheinen, aber mehr Garantien auszuküßeln dürfte wohl schwer sein.

Dazu kommt für die französische sozialistische Partei noch ein weiteres gewichtiges Motiv. In der Geschichte hat in seinem mehrere Jahre vor dem Kriege erschienenen Buche: „Die neue Armee“ in genäuer Voraussicht den Krieg so vorausgesehen, wie er gekommen ist: den Krieg der Massen, der gesamten wirtschaftlich und militärisch organisierten Nation, und hat als einzig mögliche Verteidigung die all-



beschäftigung nachzugehen. Oft werden sie keine oder doch nur eine geringe Pension erhalten, so daß sie bitterer Not preisgegeben sein werden.

Unfallversicherung auch für die Landarbeiter.

In der letzten Zeit beschäftigt sich das Ministerium für soziale Fürsorge mit einer Reform und Umfischung des Unfallversicherungsgesetzes. Die Unfallversicherungsanstalten haben, wie "Libove Noviny" melden, die vorbereitenden Beratungen über den Entwurf einer Reform beendet und in Kürze werden sie auch die Redaktion desselben beenden. Der Grundzug dieser Reform wird insbesondere die Erweiterung der Versicherungspflicht auf landwirtschaftliche Arbeiter sein. Die Gemeindeglieder erheben eine Prämialprämie von landwirtschaftlichen Unternehmungen im Ausmaß von 50 Heller und in der Reform soll ähnlich die Einhebung der Prämien von Kleingewerbetreibenden mit fünf Angestellten einschließlich der Lehrlinge vereinbart werden. Außerdem werden einige Abgaben neu reguliert werden.

Die "Aktivisten" untereinander. Der Abgeordnete Szent-Jvany (Ungar. Nationalpartei) hat, wie das Prager "Montagsblatt" meldet, an die Leitung des gemeinsamen parlamentarischen Klubs der Wahlgruppe, der seine Partei mit dem Bund der Landwirte und der deutschen Gewerkepartei angehört, eine scharfe Mahnung gerichtet, die bisher viel zu passive Rolle gegenüber den Ereignissen zu ändern und die günstige Lage der Wahlgruppe in der heutigen Mehrheit dazu zu benutzen, jene Änderungen in der Verwaltungsreform durchzuführen, die nicht nur von den Ungarn für sich, sondern von allen Minderheiten dieses Staates gefordert werden. In dieser Richtung sei bisher viel zu wenig geschehen, besonders müsse endlich eine Volksversammlung dieser Wahlgruppe zu der Angelegenheit Stellung nehmen. Szent-Jvany läßt durchblicken, daß seine Partei anderfalls zu einer Tendenz in der Haltung gezwungen wäre.

Die neue Ersatzreserve. Bei einem Teedeckel, den der Verteidigungsminister Udrzal gestern abends den folgenschweren Koalitionsjournalisten gab, hielt der Minister ein ausführliches Referat über die Notwendigkeit der in Verhandlung stehenden militärischen Vorlagen und kündigte dann die Vorlage eines Gesetzesentwurfes über die Ersatzreserve an. Außer dem normalen Rekrutenkontingent von 75.000 Mann sollen mindestens weitere 8000 Reservierte in die Ersatzreserve eingereiht werden und nur eine zwölfwöchige Ausbildung mitmachen; dafür werden sie eine Waffenübung mehr machen müssen als die übrige Mannschaft, Gesuche um Einweisung in die Ersatzreserve werden schon bei der Reservierung abzugeben sein. Die Stellungskommission macht auf Grund der Gesuche einen bestimmten Vorschlag über die Einweisung in die Ersatzreserve; endgültig entscheidet dann eine gemischte Kommission bei den Organisationsbezirkskommanden, in der auch Vertreter der politischen Bezirksverwaltung sitzen werden. In die Ersatzreserve sollen eingereiht werden: a) Familienväter; b) Besitzer ererbter landwirtschaftlicher Liegenschaften kleineren und mittleren Umfangs und c) Wehrpflichtige, welche aus familiären, wirtschaftlichen und sozialen Gründen besondere Berücksichtigung verdienen. Man wird wohl nicht fehlgehen in der Annahme, daß besonders in der letzten Gruppe die Parteilegitimation einer Koalitionspartei ein wichtiges Dokument sein wird.

Der kommunistische Parteitag findet am 25., 26. und 27. März in Prag statt. Auf der Tagesordnung steht ein Referat Hakens über "die politische Situation und die Aufgaben der KPČ in der nächsten Periode", ein Referat Bokus über "die Agrarfrage und die Arbeit auf dem Lande", und schließlich ein Referat Zapotekys über "die Gewerkschaftsfrage und den Kampf für den Zusammenschluß".

Die Gemeindevahlen in Böhmen-Schlesien, die am Sonntag stattfanden, hatten folgendes Ergebnis: Republikaner 92 Stimmen, 2 Mandate (früher 91 St., 2 M.), Volksp. 296 St. 4 M. (230, 4 M.), Gew. Partei 358 St. 6 M. (314 St. 6 M.), fch. Soz. Dem. 135 St. 2 M. (184 St. 2 M.), Komm. 317 St. 5 M. (314 St. 5 M.), Nationalsozialisten 285 St. 5 M. (386 St. 7), Nat. Dem. 337 St. 6 M. (196 St. 4 M.) Arbeitsp. 58 St., 0 Mandate.

Chinas Flotte kehrt sich den Kantonen an.

Der Kampfwert dieser Flotte sehr gering. London, 14. März. "Times" meldet aus Shanghai: Der Oberbefehlshaber der chinesischen Flotte in den Gewässern von Shanghai Admiral Yang hat in einem Rundschreiben bekanntgegeben, daß er sich der Sache der Kantonen anschließen will. Alle Offiziere ständen hinter ihm. Sämtliche Marinearchive wurden aus dem Admiralsquartier an Bord des Flaggschiffes Kreuzer "Paitshan" geschafft. Die Flotte befindet sich gegenwärtig bei Wusung und besteht aus vier Kreuzern, fünf Zerstörern und drei Kanonenbooten. Die Schiffe sind sämtlich alt und infolge Geldmangels seit Jahren nicht ausgebessert. Es heißt, daß der Admiral selbst nicht sehr auf einen Kampf bedacht ist.

Genfer Bilanz.

Die deutschen amtlichen Kreise beklagt.

Berlin, 12. März. Ueber das Ergebnis der Tagung des Völkerbundes hinsichtlich der Saarfrage schreibt die "Deutsche diplomatische Korrespondenz" aus Genf u. a.:

Das Kompromiß wurde deutschseits vollzogen unter dem Gesichtspunkte der doch recht ansehnlichen auch in dieser Frage erreichten Erfolge; nicht ganz wie gewünscht, aber in einer Reihe von Punkten wesentlich verbessert und zugunsten der Saarwünsche interpretiert, gegenüber der Fassung des dem Natz zunächst vorliegenden Vorschlages, der ja auch bereits ein Kompromiß darstellt, an dessen Gestaltung deutsche Interessennahme nicht ganz unbeteiligt war. Mit der Unterstellung der Bahnschutztruppen unter den ausschließlichen Befehl der Regierungskommission des Saargebietes würde selbst für den Fall, daß die Angehörigen dieser Truppe aus den gleichen Individuen bestehen, die früher als militärische Truppe im Gebiete aufgetreten waren, die militärische Oberhoheit über die Angehörigen des Bahnschutzes entfallen. Die militärische Gewalt als solche hat damit wieder eine Etappe aufgegeben. Man hat sich auf deutscher Seite davon überzeugen lassen, daß eine individuelle Rekrutierung für den vorliegenden Zweck unmöglich wäre, daß vielmehr die Gefahr der Aufstellung einer undisciplinierteren Masse entstände, für die letzten Endes der Völkerbund die Verantwortung zu tragen hätte; hierbei muß man noch ganz absehen von dem Zeitverlust, den ein solches Verfahren für die Aufstellung und damit auch für die Entfernung der französischen Truppen aus dem Saargebiet verursachen würde. Was die Zahl anbelangt, wäre angesichts der der Regierungskommission eingeräumten Möglichkeit, die Bahnschutztruppen nach ihrer Gutmeinung herabzusetzen, ein Bestehen auf einer niedrigeren Basis vom deutschen Standpunkt nicht mehr zu verantworten gewesen. Ohne Unterschätzung des deut-

scherseits befandeten Alsgegenkommens darf daher die Schlusssitzung als ein befriedigendes, jedenfalls als ein politisch tragbares Ergebnis festgestellt werden.

Stresemann referiert.

Berlin, 14. März. Wie das Wolffbüro erzählt, hat Reichsminister Dr. Stresemann dem Reichspräsidenten heute abends Bericht erstattet. Morgen findet unter Vorsitz des Reichspräsidenten eine Sitzung des Reichskabinetts statt, die sich mit der außenpolitischen Lage beschäftigen wird.

Dank an Vanderveelde und Blum.

Das Saarkompromiß ein weiterer Schritt zur Verständigung.

Saarbrücken, 14. März. (Eigenbericht.) Der Sonntag abgehaltene Parteitag der deutschen Sozialdemokratie des Saargebietes nahm eine Entschlieung an, in der dem Genossen Vanderveelde, dem unermüdbaren Kampfer für demokratische und sozialistische Forderungen im Völkerbund und dem Führer der französischen Sozialdemokratie Genossen Leon Blum, für ihre Stellungnahme zugunsten des Selbstbestimmungsrechtes der Saarbevölkerung der Dank ausgesprochen wird.

Auch zu dem Ergebnis der letzten Völkerbundstagung wurde eine Entschlieung angenommen, die das Genfer Kompromiß vom Standpunkt des Rechtes zwar als ungenügend bezeichnet, darin aber doch eine Etappe auf dem Wege einer weiteren deutsch-französischen Verständigung mit dem Endziel der Zurückführung des Saargebietes an das Vaterland sieht.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Der Parteitag der reichsdeutschen Sozialdemokratie beginnt am 22. Mai in Kiel. Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

- 1. Bericht des Parteivorstandes: a) Allgemeines. Berichterstatter: Otto Weiskopf; b) Agitation, Organisation und Presse. Berichterstatter: Fr. Bartels und R. Ludwig.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: Friedrich Brühne.
3. Das Agrarprogramm. Berichterstatter: Dr. Baade und Regierungspräsident Krüger-Sineburg.
4. Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Berichterstatter: Robert Schmidt.
5. Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik. Referent: Dr. Silberding.
6. Bericht über die sozialistische Arbeiter-Internationale. Berichterstatter: Arhur Crispian.
7. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.
8. Erledigung der Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung noch nicht erledigt sind.

Am Anschluß an den Parteitag findet in Kiel eine Frauenkonferenz statt. Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

- 1. Jahresbericht. Berichterstatterin: Marie Juchacz.
2. Wohnraum- und Wohnungsreform. Referentin: Dr. Bertha Krauß-Röhl.

Bestrafter Verleumder.

Ein aus Rußland importierter böllischer Redakteur.

Berlin, 14. März. (Eigenbericht.) Der "Böllische Beobachter" habe im vorigen Jahre die Behauptung aufgestellt, der sozialdemokratische Abgeordnete Levi sei ein bezahlter englischer Spion gewesen. Wegen dieses Vorwurfs habe Genosse Levi gegen den verantwortlichen Redakteur des böllischen Blattes, der den Namen Rosenbergs trägt, aus Rußland eingewandert ist und die deutsche Staatszugehörigkeit erst seit 1923 besitzt, die Klage erhoben. In der heutigen Verhandlung verfuhrte der Angeklagte einen kleinen Ebert-Prozess nach dem Magdeburger Muster zu imitieren, wurde jedoch vom Vorsitzenden zurückgewiesen. Das Gericht verurteilte Rosenbergs zu 300 Mark Geldstrafe, weil der Wahrheitsbeweis mißlungen sei.

Böllische Kradaufrüder.

Berlin, 14. März. (Eigenbericht.) Die israelitische Kultusgemeinde in Köln wählte Sonntag die Vertreter zu ihrer Repräsentantenversammlung; durch Terrorakte eines Trupps Hafenkrenzler kam es dabei zu blutigen Schlägereien. Eine Anzahl böllischer Kradaufrüder überfiel ein Wahllokal; es entstand ein großes Handgemenge, wobei mehrere Personen verletzt wurden. Polizei mußte geholt werden, die erst nach Gebrauch ihrer Gummiknüttel Ruhe schaffen konnte und einige böllische Kaufbolde verhaftete.

Rundfunk für Alle!

Table with program details for tomorrow, Wednesday. Columns include time, program name, and station. Includes programs like 'Wagen', 'Mittagskonzert', 'Jugendstunde', etc.

Table with program details for Germany. Columns include city, time, program name, and station. Includes programs like 'Wagen', 'Mittagskonzert', 'Jugendstunde', etc.

Messekonjunktur.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Berichte über den Verlauf der Leipziger Messe sind geeignet, die in der Öffentlichkeit seit einiger Zeit herrschende optimistische Stimmung über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu einem Grade anzuheben zu lassen, der in den tatsächlichen Verhältnissen keine Begründung findet. Ob die Umsätze auf der Messe wirklich so groß waren, ob sie gegenüber den Umsätzen der früheren Jahre einen Rekord darstellen, wie es die Berichtersteller und die offiziellen Stellen sagen, kann nicht nachgeprüft werden, denn Statistiken über den Umfang der Bestellungen fehlen gänzlich. Man darf sich aber durch den starken Besuch, sei es von wirklichen Kunden oder von solchen Leuten, die nur zur Orientierung nach Leipzig gekommen sind, über die wirkliche Lage nicht täuschen lassen. Zunächst ist erst der Zustand aus der Vorkriegszeit wieder hergestellt worden, wo die Abchlüsse auf der Leipziger Messe für manche Industrien die Grundlage für das ganze Geschäft bildeten; die Messeaufträge bilden also für diesen Teil der Wirtschaft nicht einmalige Bestellungen, die neben den sonstigen regelmäßig einlaufenden Aufträgen zu erledigen waren, für viele Unternehmungen bringen sie überhaupt erst die Produktionsmöglichkeit. Das trifft vor allem auf die Spielwarenindustrie zu, aber auch für die Porzellan-, für die Geschirrs-, für manche Zweige der Lederwarenindustrie. Es scheint allerdings, daß in neuerer Zeit auch für andere Gewerbezweige Leipzig erhöhte Bedeutung gewonnen hat, besonders für solche, die große Musterlager unterhalten müssen, die dem Kunden nicht von Reisenden vorgelegt werden können, sondern entweder in der Fabrik oder auf der Messe bestichtigt werden müssen.

Nun wird berichtet, daß weit über 200.000 ausländische Besucher in Leipzig anwesend gewesen seien. Wieviel sie gekauft oder bestellt haben, erfährt man ebenso wenig wie von den Abchlüssen der inländischen Besucher. Daß die ausländischen Aufträge aber wesentlich über das normale Maß hinausgegangen sind, ist nicht anzunehmen. Es müßte denn sein, daß die deutsche Industrie dem Auslande ganz neue oder besonders billige Waren anzubieten hätte oder Erzeugnisse in einer Qualität, die in anderen Ländern nicht erreicht werden kann. Aber auch das erscheint zweifelhaft. Das bekannte Wort: "Die ganze Welt ist nur eine Stadt" gilt auch für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Welt. Es müssen schon ganz besondere Umstände vorwalten, um einem bestimmten Lande eine Monopolstellung für bestimmte Waren gegenüber den anderen Ländern zu geben. Wie leicht die industrielle Vorherrschaft auf gewissen einzelnen Gebieten angegriffen werden kann, das zeigt beispielsweise folgender Vorgang, über den kürzlich in einigen Blättern berichtet wurde. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika zeigen seit mehreren Jahren eine Vorliebe für sächsishe Wirtsmaschinen, besonders für hochqualifizierte Maschinen der Strumpferzeugung. Es sind nun nicht etwa nur die Maschinen, sondern auch die daran arbeitenden Strumpfwirler nach Amerika ausgewandert, die dort bei viel höheren Löhnen als in der Heimat einen Arbeiterstamm für die Erzeugung von Strümpfen heranziehen. Diese Arbeiter haben in Amerika neue Erfindungen geübt, denen sie den Namen ihrer Heimatorte im Chemnitz- und Erzgebirgschen Gebiet beigelegt haben. Und diese amerikanischen Erfindungen haben in kurzer Zeit an Einwohnerzahl und Umfang ihre älteren sächsischen Schwester weit überholt.

Aber auch die immer weiter fortschreitende industrielle Verstrickung fördert die gleichmäßige Entwicklung auf dem Weltmarkt. Die Konkurrenz wird ausgeglichen, die Weltmärkte werden aufgeteilt. Das war so bei dem internationalen Zusammenschluß der Glühlampenindustrie, daß erleben wir beim Eisenpost, das sehen wir auch bei den bedeutenden Zweigen der chemischen Industrie. Wichtige Erfindungen bleiben nicht mehr das Geheimnis des Ursprungslandes, sondern sie werden in allen sich dafür interessierenden kapitalstärkenden Ländern ausgebeutet, wie wir das jetzt bei der Kohlenverflüchtigung beobachten können. In dieser Hinsicht sind auch die Vorgänge von Bedeutung, die sich jetzt in der Kunstseidenindustrie abspielen. Hier ist die Konkurrenz zwischen den einzelnen Ländern fast völlig ausgeschaltet, es hat sich eine Industrielokation gebildet, die die Preise diktiert und festsetzt und keinen beachtenswerten Aufenseiter mehr aufkommen läßt. Wenn mit der Leipziger Messe eine zweite deutsche Kunstseidenanstaltung verbunden war, so ist diese Bezeichnung eigentlich eine Irreführung, als Ausstellung hatte bezeichnet werden müssen: Deutsche Filiale des internationalen Kunstseidentrustes.

Alle diese Erscheinungen müssen berücksichtigt werden, wenn man die Frage beantworten will, ob von der diesjährigen Leipziger Messe ein für die deutsche Wirtschaft auszugehen wird, insbesondere soweit es sich um die Erweiterung des Absatzes deutscher Waren im Auslande handelt. Es besteht kein Grund, die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands und Europas schwarz zu malen, aber ebenjowenig ist es berechtigt, eine jetzt plötzlich einsehende industrielle Hochkonjunktur zu erwarten. Viel bessere Gradmesser als der Verlauf der Leipziger Messe stellen die Zahlen der Arbeitslosen, die Vorgänge auf dem Kapital- und Devisenmarkt, die Gestaltung der Außenhandelsbilanz und die Entwicklung des Binnenmarktes dar. Hier überwiegen aber



# Die Lohnbewegung der nordböhmischen Textilarbeiter.

## Zuerst verlieren die Christlichen den Mut. — Die Mißmacherei der kommunistischen Presse. — Brutalität der Unternehmer und feiges Zurückweichen der Kommunisten, welche die Lohnforderungen zurückziehen.

Infolge der Lebensmittelsteigerung hat die Union der Textilarbeiter für Reichenberg und Friedland den Vertrag gekündigt, die übrigen Organisationen haben sich dieser Kündigung angeschlossen. Die Unternehmer weichen am 16. Jänner I. J. mit, daß sie noch nicht in der Lage waren, zu den von der Arbeiterschaft aufgestellten Forderungen Stellung zu nehmen, daß sie aber bereit sind, den Vertrag bis zur endgültigen Lösung dieser Frage anzuerkennen, wenn dies auch auf der Gegenseite der Fall wäre. Erst am 31. Jänner 1927 antworteten die Unternehmer auf die Forderungen, daß sie einseitig beschließen haben, keine Lohn erhöhungen zu gewähren, und daß der Vertrag auf ein Jahr unverändert verlängert werden muß. Gleichzeitig stellten sie an die Gewerkschaften ein Ultimatum, daß bis 12. Feber 12 Uhr mittags die Verträge ohne Lohnhöhung gefertigt sein müssen. Die Vertrauenspersonenkonferenz der Union der Textilarbeiter lehnten dieses Ultimatum ab und die Verträge wurden nicht unterfertigt. Hierauf langte von den Unternehmern am 17. Feber I. J. ein neuerliches Ultimatum ein, in welchem angedroht wurde, einen Lohnabbau von 9 Prozent durchzuführen, wenn bis 4. März 1927, 12 Uhr mittags, die Verträge ohne Lohnhöhung nicht gefertigt sein sollten. Sie taten noch ein Uebrißes und wandten sich über die Köpfe der Gewerkschaften hinweg mit Flugzetteln und Plakaten in den Betrieben an die Arbeiterschaft, um durch diese die Gewerkschaften zu einem Vertragsabschluß zu zwingen. Auch dieses letzte Ultimatum lehnten die Vertrauenspersonenkonferenzen der Union der Textilarbeiter ab und verlangten, daß über die Lohnfrage verhandelt werden muß.

Am 22. Feber I. J. verloren die Christlichen schon den Mut

und verlangten in einer Zuschrift von den Unternehmern eine Aussprache zwecks Beilegung des Konfliktes. Dieses Zurückweichen lar: den Unternehmern sehr gelegen und die Aussprache fand am 28. Feber 1927 statt; sie verlief ergebnislos, denn die Unternehmer beharrten auf ihrem Diktat und erklärten, in der Lohnfrage sei ihr Standpunkt unabänderlich. Höchstens in der Zeitdauer der Verträge könnten sie eine Konzession machen. Hierauf kam es zu einer Vereinbarung, daß am 7. März I. J. eine Aussprache zwischen den Vertrauensleuten der Arbeiter und den Unternehmern stattfinden sollte. Es war gleich von Anfang dieser Bewegung zu ersehen, daß die Kommunisten zwar immer den Mund weit aufreißen und viel Lärm schlugen, wenn eine andere Gewerkschaft irgendwo in einen Kampf kommt, daß sie aber in Nordböhmen, wo sie selber mit einer größeren Zahl zu unterstützender Mitglieder in einen Kampf kommen sollen, einfach ausweichen. Um sich dieses Ausweichen leichter zu ermöglichen, kündigten sie, ohne die niederländische Arbeiterschaft zu befragen, auch den Lohnvertrag für das Bezugsgebiet Niederland, welches durch mehrere Streiks in den letzten Jahren abgestreift ist. Dieses Gebiet sollte dem Reichenberger Gebiet als Ballast angehängt werden, damit die Union der Textilarbeiter vor der allzu großen Zahl der zu unterstützenden Mitglieder zurückschreckt, denn im niederländischen Bezugsgebiete hat die Union der Textilarbeiter bedeutend mehr Mitglieder als alle anderen Gewerkschaften zusammen. Sie ist die mitaus stärkste und ausschlaggebende Organisation.

Wenn wir sonst in der kommunistischen Presse jeden kleinen Streit groß aufgemacht finden, wenn es sich auch nur um 20 bis 30 Beteiligte handelt — als ob es sich um Hunderttausende handeln würde — blieb die kommunistische Presse während dieser großen Lohnbewegung in Nordböhmen, wo es sich um 60.000 Textilarbeiter handelte, stumm oder es wurden Artikel veröffentlicht, welche ein Sozialdemokrat niemals schreiben dürfte, wenn er sich nicht dem Vorwurf des Verrates aussetzen wollte. Diese Artikel besprachen die Notlage der Industrie und waren auf Mißmacherei berechnet. Sie deuteten darauf hin, daß die Kommunisten ausweichen wollen, denn anders konnte man dieses Geschehen in den Zeitungen nicht auflossen. Früher hieß es immer, Teilkämpfe müssen verloren gehen, die Kampffront muß erweitert werden, und

als nun 60.000 Textilarbeiter in den Kampf treten sollten, also die Erweiterung des Kampfes gegeben war, zogen die Kommunisten die Forderungen zurück.

In Gebiete Niederland rührten sich die Kommunisten überhaupt nicht, sondern sie nahmen eine abwartende Stellung ein. Dann unternahmen die Kommunisten ein Einheitsfrontmanöver, um die kommunistische Arbeiterschaft von dem Lohnkampfe abzulenken und auf die Union der Textilarbeiter zu ziehen. Als dann die Union der Textilarbeiter zur Herstellung der Einheitsfront auf breiterer Grundlage bereit war, lehnten sie diese Einheitsfront, also ihre eigene Parole, ab.

Am 7. März I. J. fand nun die Aussprache zwischen den Vertrauensleuten und den Unternehmern in der Handelskammer in Reichenberg statt, bei welcher von seiten der Kommunisten

wohl sehr lange, aber farblose Reden abgehalten wurden. Mit lächelnder Miene hörten sich die Unternehmersekretäre die stundenlangen rhetorischen Leistungen der Kommunisten an und erklärten hierauf: Es ist nichts zu machen, wir beharren auf dem ersten Diktat und eine Lohnhöhung gibt es nicht. In einer nachträglichen gemeinsamen Beratung zwischen den Organisationen der Arbeiter machte die Union der Textilarbeiter den Vorschlag, daß nicht bedingungslos kapituliert werden solle, sondern daß man den Abbau der 9 Prozent durchführen lassen soll, wenn die Unternehmer den Mut dazu besitzen und daß dann einige Betriebe in den Streit treten würden, um dadurch die Unternehmer gezwungen zu machen, selbst auf die Gefahr einer Aussperrung hin. Dieser Vorschlag paßte nicht in den

Rückzugsplan der Kommunisten, denn dieselben beantragten sofort unter den verschiedensten nicht stichhaltigen Gründen, daß die Lohnforderung restlos zurückzuziehen

sei und daß man nur versuchen soll, in der Vertragsdauer eine Konzession zu erzielen. Wie sollte in der Vertragsdauer ein Erfolg erzielt werden, wenn man durch die restlose Zurückziehung der Lohnforderung die Trümper aus der Hand gab. Die Union der Textilarbeiter blieb mit ihrem Vorschlag in der Widerheit, denn sofort stimmten die Christlichen, die Nationalsozialisten und die Deutschsozialen dem Antrage der Kommunisten zu, daß die Lohnforderung restlos zurückgezogen werden soll. Man hörte durchaus nichts vom revolutionären Kampfe, sondern die wichtigsten Ausreden wurden gebraucht, um dem Kampfe auszuweichen zu können.

Auf die unerhört niederträchtige Provokation der Unternehmer folgte das feige Zurückweichen der übrigen Gewerkschaftsorganisationen über Antrag der Kommunisten.

Die Union der Textilarbeiter mußte sich schließlich notgedrungen diesem Vorschlage anschließen, denn als alle übrigen Organisationen zu Kreuze gekrochen waren, wäre ein Kampf der Mitglieder der Union der Textilarbeiter einem Selbstmorde gleichgekommen.

Gründend nahmen dann die Unternehmersekretäre den Vorschlag der Kommunisten zur Kenntnis und freuten sich über ihren billigen Sieg. Aber an dem war noch nicht genug. Die Unternehmer quittierten den Rückzug noch mit Nachhutgeschrei und teilten an die Arbeiterschaft schalende Ohrfeigen aus. Das Diktat wurde nicht zurückgenommen. In der Frage der Vertragsdauer schlugen sie 10 Monate, das ist bis zum 31. Dezember 1927, vor. In der Frage der beantragten Kategorien-Einteilung machten sie keine Konzessionen, sondern erklärten, daß die Lohnfrage restlos durch den Antrag der Kommunisten zurückgezogen sei.

Bezeichnend war noch, daß alle übrigen Organisationen die Faustschläge der Unternehmer in Form ihres Diktates und ihre höhnischen Bemerkungen ruhig ertrugten und daß die Kommunisten noch sogar erklärten, die Prestigefrage der Gewerkschaften müsse in schwierigen Fällen vor anderen Notwendigkeiten zurücktreten. Die Reden der Kommunisten waren nichts als notorische Verlegenheitsappelle an die Unternehmersekretäre. Die Verhandlung mußte nochmals wegen der Vertragsdauer verlegt werden, da angeblich die Unternehmersekretäre — dem Unternehmer waren keine anwesend — keine Vollmachten zu einem Abschluß besaßen. Es wurde dann vereinbart, daß Mittwoch, den 9. März I. J., die endgültige Vereinbarung der Formvorschriften über die Vertragsdauer erledigt werden soll.

Als in die Verhandlungen eingegangen wurde, wurde nochmals versucht, die lange Zeitdauer des Vertragsabschlusses dadurch günstiger zu gestalten, daß in irgendeiner Form als Gegenleistung an die Arbeiter eine Entschädigung gewährt werden sollte. Die Unternehmer lehnten jedoch jede Entschädigung ab und beharrten auf ihrem Diktat. Sie gingen schließlich in der Vertragsdauer bis zum 1. September zurück, so daß der Vertrag nunmehr ohne Lohnhöhung mit einer längeren Vertragsdauer gefertigt wurde. Noch während der Verhandlungen liefen Nachrichten ein, daß bereits in den Lohnbüchern der 9%ige Abzug durchgeführt sei, was einen ungeheuren Sturm unter den Verhandlungsteilnehmern entfesselte.

Daß die Unternehmer so hartherzig blieben und die Verkürzung der Vertragsdauer ablehnten, war auf den schweren Fehler der Kommunisten zurückzuführen, weil sie in vornherein jeden Trumpf durch die restlose Zurückziehung der Lohnforderung aus den Händen gaben.

So endete die Lohnbewegung in dem revolutionären Nordböhmen mit einem vollständigen Rückzuge, verräthert durch die Kraftlosigkeit der oben angeführten Gewerkschaften. Die Union der Textilarbeiter war allein nicht in der Lage, die Unternehmerprovokationen mit einem Kampfe zu beantworten und dieselben zurückzuweisen. Zähneknirschend muß die Arbeiterschaft das Unternehmerdiktat schlucken und sie kann sich gefast

machen, daß nunmehr die Unternehmer von die Arbeiter mit größeren Geschäften auffahren werden. Die Zerstückelung und Zersplitterung der Organisationen hat es bewirkt, daß die Unternehmer heute richtiger diktieren können. Dieser Rückzug der nordböhmischen Textilarbeiter wird sich in der ganzen Republik auswirken. Die Lohnbewegungen der übrigen Gebiete der Republik werden im Zeichen dieses nicht abgewehrten Unternehmersdiktates stehen und es wird nur möglich sein, durch schwere Kämpfe die Unternehmer der anderen Gebiete eines Besseren zu belehren. Die Kommunisten werden in Zukunft in denjenigen Gebieten, wo sie keine Mitglieder haben zum Streike gehen, sie werden weiter über die Reformen lächeln und jernern, denn das ist das einzige, was sie zu leisten imstande sind. Sie werden die Mitglieder der Union in den übrigen Gebieten in Niederlagen treiben wollen, während sie in Nordböhmen, wo sie mit einer größeren Anzahl ihrer zu unterstützenden Mitglieder in Betracht kamen, bereitwillig das Unternehmersdiktat schluckten. Ihre Haltung gleicht dem Ribiß beim Kartenspiel, denn auch dieser möchte alle Spiele riskieren, weil er selber nicht in die Tasche greifen muß.

Nur wenn die Arbeiterschaft zur Erkenntnis kommt, daß durch die einseitige freie Gewerkschaftsorganisation der Union der Textilarbeiter wieder Erfolge erzielt werden können, wenn sich die Arbeiterschaft restlos dieser Organisation anschließt, werden wir den Unternehmersterror brechen. Die Kommunisten sind nichts anderes als revolutionäre Maulaufreißer und nicht Revolutionäre der Tat.

Ueber die heutige marxistische Philosophie. Die „Philosophie Jedomota“ veranstaltete heute um 4/8 Uhr abends im Hörsaal der tschechischen Universität im Kaulschhaus auf dem Marktplatz Nr. 21 den zweiten Vortrag im Zyklus über die heutige marxistische Philosophie. Vortragender ist Dr. Emil Strauß, und zwar über das Thema „Die wirtschaftliche Entwicklung und der Marxismus“. Nach dem Vortrag Diskussion. Mitglieder freien Eintritt, Nichtmitglieder 1 K.

## Bollswirtschaft. Wirtschaftsbeirat oder Diskutierklub?

In der letzten Folge der „Gewerkschaftlichen Rundschau“ findet sich ein längerer Artikel, der sich mit den Mängeln des tschechoslowakischen Wirtschaftsbeirates befaßt. Einiges sei daraus angeführt, da die Sache von allgemein-wirtschaftlichem Interesse ist.

Im Dezember 1925 ist der vor drei Jahren errichtete Wirtschaftsbeirat erneuert worden. Da zu keinen Mitgliedern wieder mehrere Vertreter unserer Gewerkschaften gehören, ist es nötig, einiges über die Mängel dieser Einrichtung zu sagen. Weitgehenden Erwartungen soll damit vorgebeugt werden. Schon die ersten drei Jahre der „Tätigkeit“ des Wirtschaftsbeirates bilden eine arge Enttäuschung. In Hinsicht wird es kaum besser werden, dafür dürfen die jetzigen Regierungsparteien sorgen. Sie werden zu verhindern wissen, daß der Beirat in den großen wirtschaftlichen Fragen an Bedeutung gewinnt und zu Einfluß kommt. Bisher war er ein Diskutierklub, den man über wirtschaftspolitische Angelegenheiten zwar reden ließ und das nur selten, sonst aber nicht beachtet. Stellen wir vorerst einmal die Frage:

### Was hat der Wirtschaftsbeirat bisher geleistet?

Wenn diese Frage beantwortet werden soll, dann ergibt sich von selbst als Jula: Was konnte er leisten? Der Beirat für wirtschaftliche Fragen, dessen Bildung schon von der Regierung Tiszar vorgesehen war, hat sicher in den drei Jahren seines Bestehens eine ganze Reihe Neuerungen abgegeben. Ob diese Gutachten immer oder vereinzelt gut oder schlecht waren, bleibe bei dieser Betrachtung dahingestellt. Wesentlich aber ist, daß trotz dieser Gutachten in den vergangenen Jahren die Wirtschaft dieses Staates immer leidender geworden ist. Die Ursachen dieser Entwicklung liegen sicherlich nicht beim Wirtschaftsbeirat. Aber diese Tatsache allein zeigt schon, daß die jeweiligen Regierungen alle Neuerungen und Gutachten dieses Beirates übergegangen haben. Die Regierungen mögen sich dabei von der Ueberzeugung haben leiten lassen, daß der Wirtschaftsbeirat für seine gutachtliche Betätigung noch weniger reale Unterlagen besitzt als die Regierung selbst und so ist man eben in der Regel über dessen Gutachten zur Tagesordnung übergegangen. Um sich dies richtig zu vergegenwärtigen, ist es notwendig, sich

### Die Aufgaben dieses Beirates

und seine Machtbefugnis, welche das Gesetz ihm gibt, näher zu betrachten. Das Gesetz über diese Körperschaft legt nur dessen Errichtung fest. Die Tätigkeit des Beirates wird durch ein „Statut“ geregelt. Dieses Statut wurde mittels Verordnung vom 20. Dezember 1921 erlassen und umschreibt die Aufgaben folgendermaßen:

„Ueber Aufforderung eines beliebigen Zentralorgans der Staatsverwaltung oder aus eigener Initiative über Fragen, von allgemeiner wirtschaftlicher Wichtigkeit, insbesondere über solche, die vom Gesichtspunkte der staatlichen Interessen von besonderer Bedeutung sind, Gutachten abzugeben oder Anträge zu stellen.“

Von irgendwelchen Befugnissen ist im ganzen Statut nichts gesagt. Der Beirat für wirtschaftliche Fragen hat also die Aufgabe, verlangte Gutachten abzugeben, kann aber auch von sich selbst aus Anträge stellen, wenn er dies für zweckmäßig hält. Wenn solche Gutachten oder Anträge nun

Devisenkurse.		
Prager Kurse am 14. März.		
	Gold	Ware
100 holländische Gulden . . . . .	1349.25	1355.25
100 Reichsmark . . . . .	708.62 1/2	802.62 1/2
100 Schweizer Franken . . . . .	468.62 1/2	471.62 1/2
1 Pfund Sterling . . . . .	647.75	647.75
100 Dinar . . . . .	163.85	164.55
100 Lire . . . . .	151.30	152.70
1 Dollar . . . . .	83.61 1/2	83.61 1/2
100 französische Franken . . . . .	13.50	13.50
100 Dinar . . . . .	59.22 1/2	59.72 1/2
100 Pengö . . . . .	589.70	592.70
100 polnische Zloty . . . . .	876.87 1/2	879.87 1/2
100 Schilling . . . . .	474.75	477.75

mehr sein sollen als bloße Gefühlsäußerungen einer 150 Köpfe zählenden Körperschaft, dann hätte der Gesetzgeber ausdrücklich die Möglichkeit für den Beirat festlegen müssen, sich aus der inländischen Wirtschaft die notwendigen realen Erkenntnisse zu holen. Realität und Gefühl sind eben doch zwei verschiedene Begriffe und gerade die Wirtschaft läßt sich nicht vom Gefühl leiten, sie ist selbst Realität und ihre richtige Funktionierung hängt davon ab, daß sie von allen Hindernissen befreit wird. Wenn es sich nun darum handelt, wirtschaftspolitische Maßnahmen und Gesetze zu begutachten, dann muß die Körperschaft, die das gewissenhaft und erfolgreich tun will, die Möglichkeit haben, die Grundlagen der Wirtschaft in ihren feinsten Verästelungen kennen zu lernen und erst dann wird es ihr möglich sein, die gesetzlichen Maßnahmen in ihrer Wirkung abzuschätzen. Durch die Schaffung des Beirates hat die gelebende Körperschaft zugegeben, daß ihr die Grundlagen unserer Wirtschaft nicht bekannt sind, deshalb die Ernennung von Sachmännern für den Wirtschaftsbeirat und nun glaubte man, das fehlende Organ geschaffen, um auch in der Wirtschaftspolitik das Richtige zu treffen.

Nun sind aber auch die Mitglieder des Wirtschaftsbeirates als Sachmänner verschieden eingestellt. Soweit Wissenschaftler in Frage kommen, vertreten sie verschiedene Richtungen. Es ist bekannt, daß sich auch die Nationalökonomien über ihre Leben nicht einig sind. Soweit Unternehmer in Frage kommen, wird jeder beeinflusst sein von den Verhältnissen, die für seinen Betrieb maßgebend sind oder günstigerfalls davon, was für seine Branche in Frage kommt. Diese beiden Gruppen stellen die überwiegende Mehrheit des Wirtschaftsbeirates. Die wenigen Vertreter der Arbeiterschaft, die in vielen Fällen wohl richtig objektiv eingestellt sind, bilden eine verschwindende Minderheit und ihre Neuerungen werden vom Wirtschaftsbeirat ruhig übergegangen oder nur im geringen Ausmaße berücksichtigt.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten aber sind da und wenn sie bekämpft werden sollen, müssen die Regierungen die Voraussetzungen schaffen, daß der ganze Wirtschaftsapparat wenigstens den zur Begutachtung bestimmten Organen genau bekannt wird. Dazu genügt freilich nicht eine statuarische Bestimmung über die Aufgaben des Beirates für wirtschaftliche Fragen, sondern dieser Körperschaft muß das Recht und die Macht gegeben werden, Einblick in alle Produktionsverhältnisse zu nehmen, das heißt also, die Betriebe müssen für diese Körperschaft offen sein, sie muß weiterhin das Recht haben, die Bücher aller Unternehmungen — diesen Spiegel der Produktion — einzusehen, damit sie feststellen kann, wie die Preise aller Waren entstehen. Der Wirtschaftsbeirat müßte, wenn er seiner Aufgabe im Interesse des Staates und des Volksgutes gerecht werden will, die Möglichkeit haben, jedermann eidlisch einzuvernehmen und müßte durch gesetzliche Maßnahmen Vorsorge getroffen sein, daß alle Maßnahmen des Wirtschaftsbeirates, sich genaue Kenntnis über unsere Wirtschaft zu beschaffen, auch durchgeführt werden können. Da diese wichtigen Voraussetzungen fehlen, wird vorläufig die Tätigkeit unseres Wirtschaftsbeirates mehr oder weniger dilettantischer Natur sein und dem gedachten Zwecke nicht dienen.

### Die Sparkassen im Jahre 1925.

Das Statistische Staatsamt veröffentlicht in Nr. 6 und 7 seiner „Mitteilungen“ zahlreiche Daten über die Sparkassen im Jahre 1925. Die Daten betreffen 370 Anstalten (davon 2 dem Regulatorio nicht unterliegend). Die Anzahl der statistisch bearbeiteten Sparkassen verminderte sich im Jahre 1925 gegenüber dem Jahre 1924 um 3 Sparkassen, die mit anderen Anstalten fusioniert waren. Von 368 dem Regulatorio unterliegenden Sparkassen waren 193 tschechisch, 166 deutsch, 6 gemischt und 3 slowakisch; sie wiesen zu dem 31. Dezember 1925 im ganzen 11.136.823.000 K. Einlagen auf Bücher und 611.600.000 K. auf laufende Rechnung aus. Sämtliche Reservefonds (einschließlich Pensionsfonds) betragen am Ende des Jahres 1925 415.881.000 K. Darlehen wurden gewährt insgesamt im Betrage von 6.362.357.000 Kronen (davon 3.139.360.000 K. Hypothekendarlehen und 1.686.574.000 K. Kommunaldarlehen). Die Bilanzsumme betrug 13.384.647.000 K., der gesamte Gewinn 101.511.000 K., der Verlust 48.231.000 K. Die beiden dem Regulatorio nicht unterliegenden Sparkassen wiesen einen Gewinn von 3.420.000 Kronen, beziehungsweise einen Verlust von 1.078.000 K. aus. Der Bilanzwert der Wertpapiere, welche sich im Jahre 1925 im Eigentum sämtlicher Sparkassen befanden, belief sich auf 3.484.128.000 K., davon entfielen 2.943.234.000 K. auf Staatsanleihen der Tschechoslowakischen Republik, 75.635.000 K. auf sonstige inländische Wertpapiere, 47.568.000 Kronen auf Kriegsanleihen, 68.701.000 K. auf die auf dem Gebiete der ehemaligen Monarchie emittierten Wertpapiere und 1.356.000 K. auf sonstige ausländische Wertpapiere. Die Mitteilungen sind in allen Buchhandlungen für 2 K. erhältlich.



# Schicht

## Terpentin-Seife

mit den 7 Vorzügen



4. Vorzug: Märchenbilder zum Ausschneiden. Bunte Märchenbilder als Spielzeug für die Kinder schmücken die Packung und während Sie waschen, haben die Kinder eine Beschäftigung.

1. Terpentinegehalt. 2. Großes handliches Stück. 3. Guter Geruch. 4. Sitzpackung.
5. Märchenbilder auf der Packung. 6. Besonders leicht. 7. Schicht-Post gratis.

### Kunst und Wissen.

#### Cardillac.

Oper von Paul Hindemith. (Erstaufführung am Prager Deutschen Theater, 13. März)

Die Idee, einen Verbrecher zum Mittelpunkt einer Opernhandlung zu machen, ist weder neu noch absonderlich. Aus der älteren Musikgeschichte kennen wir den singenden Räuberhauptmann Fra Diavolo, die neuere Opernliteratur hat uns als besonders unpopuläre Opernhelden den weidmordenden Ritter Blaubart beibringt. Warum sollte also nicht der mordbelebte Pariser Goldschmied René Cardillac zum Opernhelden taugen? Um so mehr, als sein Schicksal wirklich tragisch ist; denn er löst seine Opfer unter dem unermesslichen Zwange eines pathologischen Triebes, alles selbst gefertigte Geschmeide für sich besitzen zu müssen, er leidet selbst unter diesem unglückseligen Zwang, ist sich der Durchbarkeit seiner Verbrechen bewußt, ohne von ihnen loskommen zu können. Der E. T. A. Hoffmann's Erzählung aus dem Zeitalter Ludwigs des Vierzehnten „Das Fräulein von Scudery“, nach der Ferdinand Lion das Libretto der Oper „Cardillac“ verfaßt hat, wiederholt liest, muß erkennen, daß diese Novelle ebenso gut „Cardillac“ heißen könnte, weil der Goldschmied Cardillac die Schlüsselrolle der ganzen Erzählung ist, durch die alles Geschehen bestimmt und erklärt wird. Die dieser Novelle innewohnende starke dramatische Kraft hat übrigens nicht nur Hindemith zu seiner Oper „Cardillac“ angeregt, sondern früher schon den deutschen Dichter Otto Ludwig in einem fünfaktigen Drama „Das Fräulein von Scudery“ begehrt. Hoffmann selbst hat die Grundidee zu seiner Novelle aus „Johann Christoph Wagenecks Buch von der Meisterfänger Goldschmied Kunst Anfang, Fortübung, Nutzbarkeit und Verfall“ bezogen.

Hindemith's Oper „Cardillac“, deren Uraufführung erst im vorigen Jahre an der Dresdener Staatsoper erfolgte und deren Drucklegung und Auslieferung für den Musikalienhandel die initiale Musikverlagsanstalt von E. Schott's Söhne in Mainz besorgte, legt das Hauptgewicht auf das Heldentum ihrer Titelfigur, verzieht meist auf die gerade in Hoffmann's Novelle so charakteristische romanistisch-phantastische Umwelt und macht die Oper zu einer Mischung des großen Opernstils und des musiodramatischen Verismus. Hindemith ist in der „Cardillac“-Musik seiner bisherigen Stilrichtung und künstlerischen Art treu geblieben und gibt sich in ihr ähnlich wie in den drei Einaktern („Das Kusch-Kusch“, „Mörder, Hoffnung der Frauen“ und „Sancia Susanna“), die vor vier Jahren am Prager Deutschen Theater ihre Uraufführung erlebten, und wie in den verschiedenen konzertmäßigen Werken für Kammermusik, die wir im Laufe der letzten Jahre zu hören Gelegenheit hatten: Alles ist Bewegung, alles fließt in dieser Musik mit eindringlicher Lebendigkeit, mit außerordentlicher Kraft im Ausdruck, in der Stimmungszeichnung und in der Gradation. Dabei sind Hindemith's musikalische Mittel mitunter überraschend primitiv, von der kammermusikmäßigen Orchesterbehandlung angefangen bis zur raffinierten konzertanten und an den alten Opernstil gemahnen Verwendung einzelner Orchester-Soloinstrumente, der Benützung des Chores und der zeitweisen Rückkehr zur gestaffelten Nummer. In Hindemith's „Cardillac“ die Oper der Zukunft? Vielleicht, denn sie geht wieder mehr wirklich opernmäßige Wege als etwa die letzten, ganz auf musiodramatisch-phantastische und spezifisch-pantomimische Wirkungen ausgehenden Versuche anderer Komponisten und sucht ein Kompromiß zwischen traditionellem und modernem Opernstil. Wenn aber einer berufen ist, den neuen Opernstil zu finden, dann ist es Paul Hindemith, dieser kraftvolle, durchaus persönliche und immer nur inneren Antrieben folgende junge deutsche Musiker, dem schon als Zweifelsdreißigjähriger die Ehre zuteil wurde, Mitglied der preussischen Akademie der Wissenschaften und Künste zu werden.

Über die Premiere ist erfreulicherweise zu berichten, daß sie hinsichtlich der Ausführung des Werkes die hochgespannten Erwartungen noch übertraf. Dies ist vor allem Alexander Zemlinskys Verdienst, der die ungeheuren Schwierigkeiten der Hindemith'schen „Cardillac“-Partitur mit genialer Selbstverständlichkeit meisterte und die Oper mit prachtvoller Plastik, wirkungsvoller dynamischer und rhythmischer Gliederung und mit leidenschaftlichen Akzenten in den Steigerungen zum Erklingen brachte. Neben ihm gebührt vor allem dem broden Orchester ungeschränktes Lob, das sich seiner meist solistischen Aufgaben in virtuoser und hingebendster Weise entledigt. Auch Oberregisseur Labers Regieführung und heulische Arbeit sei rückhaltlos anerkannt; denn er schuf mit einfachen Mitteln und wirkungsvollen Lichteffekten stimmungsvolle Bühnenbilder. Fuchs als Cardillac war darstellerisch und stimmlich gleich ausgezeichnet und bestärkte neuerdings seinen guten Ruf als grandioser Sänger. In den übrigen mehr oder weniger nebensächlichen, aber durchaus schwierigen und anspruchsvollen Rollen, deren gelungene Artung häufig einem modernisierten Bach-Koloraturstils entspricht, bewährten sich die Damen Fija und Karst, sowie die Herren Kocha, Fellner, Keiter und Czabol. Das gut besetzte Haus nahm das neue Werk widerspruchlos entgegen und zeichnete namentlich Zemlinskys vor dem zweiten und dritten Akt durch spontane Beifallsstürme aus.

Edwin Janetschek.

**Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.**  
Dienstag, 7 Uhr: „Die Zirkusprinzessin“.  
Mittwoch (103-1), 7 1/2 Uhr: „Cardillac“.  
Donnerstag (106-2), 7 Uhr: „Diktator“.  
Freitag (107-3), 7 1/2 Uhr: „Der Vogelhändler“.  
Samstag (108-4), 7 Uhr: „Diktator“.  
Sonntag, 11 Uhr: Kammermusik; 6 Uhr: „Die Meisterfänger von Nürnberg“.  
Montag (109-1), 7 1/2 Uhr: „Der Vogelhändler“.

**Spielplan der Kleinen Bühne.** Dienstag: „Dover-Calais“. Mittwoch: „Spiel im Schloss“. Donnerstag: „Doktor, so dich nicht verlassen!“ Freitag: „Fluch“. Samstag: „Mik Chocolate“. Sonntag, 3 Uhr: „Großer Fluss“. 7 1/2 Uhr: „Garten Eden“. Montag: „Der Weibsteufler“.

### Mitteilungen aus dem Publikum.

**Das Beste für Ihre Augen**  
liefert **Optiker Deutsch, Prag,**  
Graben 25, Kl. Bazar.

### Bereinsnachrichten.

**Freier Radiobund, Zweigstelle Prag.** Morgen, Mittwoch, wie allwöchentlich Montagabend im Verein Deutscher Arbeiter.

### Aus der Partei.

**Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag.** Heute 8 Uhr abends findet in der Occ., Fügnerova nám. 4, das wissenschaftliche Seminar statt. Redner Genosse Dr. Wiener, Thema „Der Kampf um die politische Macht“.

### Jugendbewegung.

**S. J. Prag.** Mittwoch, den 16. d. M. entfällt der Gruppenabend, alle Mitglieder gehen in die Versammlung des Zentralverbandes der Angestellten. Karten für den Vond-Abend sind beim Herrn Optiker Deutsch, Graben, Kleiner Bazar, und im Verein Deutscher Arbeiter zu haben. Heute, Dienstag, 8 Uhr abends, Aussprache im „Sozialdemokrat“.

### Turnen und Sport.

#### Bürgerlicher Sport.

##### Fußball.

**DfC. schlägt den Teplitzer FA 4:2 (2:1).** Vor nicht allzu vielen, aber sehr sonatigen Zuschauern und auf sehr schlechtem Boden wurde das Meisterschaftsspiel dieser beiden Gegner ausgetragen. Vorweg sei gleich gesagt, daß die beiderseitigen Leistungen im großen und ganzen nicht befriedigen konnten. Die Blauweißen boten einen lobenswerten Kampfeseller — aber es wäre wünschenswert, daß dieser auch bei all den übrigen Spielen getätigt würde. Die Stürmerreihe hatte in Pressau und Patef ihre besten Leute. Rannhäuser und Bobor wurden gut abgedeckt. Wofel als Linksvorwärtler war eine Niete und sein unfaires Draufgängerturnen hätte mit dem Ausschluß bestraft werden müssen. Die Halbreihe war gleich gut in der Verteidigung wie für den Angriff. Das Verteidigungsduo Rudinka-Weigelhofer war der Situation nicht gewachsen und hatte sich außerdem eine rücksichtslose Spielweise zurechtgelegt. Tausch nicht besser als in den letzten Spielen. Der Teplitzer FA hat seit dem Abgang Simos in der Stürmerreihe ein Minus, da Hasel bei seinen Nebenleuten wenig Verständnis findet. Sehr gut war Rejzel am rechten Flügel, der durch seine raschen Läufe und prägnanten Flanken der Hinterrammschaft des DfC sehr viel zu schaffen gab. Die linke Seite war der schwächste Teil im Sturm. Die Läuferreihe hatte in Bonas den besten Mann; Reugebauer und Mizerka waren mehr auf die Verteidigung bedacht. Der beste Teil der Teplitzer FA ist ihre Verteidigung; sie arbeitete ruhig und sicher, zeigte gute befriedende Stöße ans jeder Lage und auszeichnetes Tackling. Eder im Tor hatte viel Arbeit zu verrichten und zog sich gut aus der Affäre; das Ausgleichstor des DfC in der 1. Hälfte ist jedoch durch sein vorzeitiges Herauslaufen entstanden. Der DfC hat einen glücklichen, aber trotzdem verdienten Sieg errungen. Technisch stand er hoch über den Teplitzer und war fast ständig überlegen. Aber ein Moment ist der Ausführung wert: Warum gingen diesmal die Spieler des DfC so leicht ins Zeug; im Goldpokal-Turnier konnte man das nicht beobachten! Daß die Teplitzer auch bei dieser allgemeinen Holzerei miltäten, sei nicht zu verwundern. Aber wie rasch dazu beigetragen hat, daß festzustellen, wäre müßiges Beginnen. Schiedsrichter Niedermeyer (Troppau) war diesmal ein schwacher Reiter; er traf manche unrichtige Entscheidung und piff auch des öfteren zu spät.

**DfC. Amateure gegen DfC. Sturm 4:1 (4:0).** Das am Zirkusplatz am Sonntag ausgetragene Meisterschaftsspiel sah die blauweißen Amateure als verdiente Sieger. Sie waren in der ersten Halbzeit glatt überlegen, trotzdem sie gegen Wind spielen mußten. Wöhrzel war der beste Mann der Amateure. Nach der 30. Minute spielten sie sogar mit zehn Mann, da Miksch wegen einer Verletzung ausfiel. Die „Stürmer“ erzielten ihr einziges Tor nach der Pause. Der Schiedsrichter objektiv.

**Weitere Resultate.** Prag: Slavia (2. Profi) gegen SK. Veleštin 1:1 (1:1). Hagišor gegen Slavia Smichow 2:1 (1:0). — Madno: Čechoslov. Akademie gegen SK. Kroděšlav 2:1 (2:0). — Pilsen: Sparta Kroděšlav-Prag gegen Viktoria 3:2 (1:0). Union Zizkov-Prag gegen Olympia-Sparta komb. 8:1 (5:1). — Pardubitz: Polaban Rimburg gegen SK. 3:1 (2:1). — Karlsbad: DfC. Eger gegen Sparta 2:1 (1:0). RFA. gegen Inf. Reg. 35 Pilsen 6:1 (4:1). — Brüx: Schwabbe gegen DfC. Komotau 4:4 (4:2). DfC. Dux gegen DfC. 3:1 (1:0). — Turn: SK. gegen DfC. Znoj 1:0 abgebrochen. — Bodenbach: Reichenberger SK. gegen SpB. 3:1 (1:0). — Neftomik: DfC. Kuffa gegen DfC. 9:1 (4:0). — Karbi: Spörbrüder Schredenstein gegen DfC. 8:1 (6:1). — Reichenberg: DfC. gegen Inf. Reg. 44 12:0 (8:0). — Brünn: DfC. gegen Sportbrüder 2:2 (2:1). Zidenice gegen Rapid Prag 6:1 (4:0). OZA. Bratislava gegen Mor. Slavia 4:3 (2:2). — Jlin: SK. Bala gegen SK. Dmij

### Zentralverband der Angestellten

in  
Industrie, Handel u. Verkehr. Sitz Teplitz-Schönau  
Ortsgruppe Prag.

#### Einladung

zu der **Mittwoch**, den 16. März 1927, halb 8 Uhr abends, im „**Kleinen Feinesaal**“, Weinberge, Hochova, stattfindenden

### Mitgliederversammlung

#### Tagesordnung:

Die **Bereinigungsbestrebungen** der Angestellten-Vereine im **Deutschen Gewerkschaftsbund**.

Referent: **Kollege Rögler, Bodenbach** (2. Obmann unseres Verbandes).

Kollegen, Kolleginnen! Erscheinet zu dieser äußerst wichtigen Versammlung unbedingt.

Mit toll. Gruß

Die Ortsgruppenleitung.

9:4 (5:2). — Mähr.-Ostau: SK. gegen SK. Oberberg 7:2 (3:2). — Prešburg: Vgeit gegen Rapid 4:1 (1:1). Pafas gegen Zirkusfabrik 3:1 (2:0). DfC. gegen Blumenthal 7:1 (2:0). — Budapest: Upeft gegen Hungaria 1:0 (0:0). DfC. gegen 3. Bezirk 5:0 (1:0). Kisefti gegen Renzeti 2:1 (1:0). Bafva gegen SK. 3:1 (3:1). — Wien: Rapid gegen Vienna 8:1 (4:0). Admira gegen Simmering 10:0 (4:0). DfC. gegen Slavia 1:1 (0:0). Galoch gegen Austria 2:2 (1:1). DfC. gegen Rudolphshügel 3:1 (1:0). — Nürnberg: 1. FC. gegen SpB. Fürth 3:0 (1:0). — München: Bayern gegen Wader 3:0. — Dresden: Sportklub gegen VfL Bitterfeld 2:0. — Leipzig: VfB. gegen Wader Gera 2:0. Fortuna gegen Tennis-Borussia Berlin 3:3. — Bremen: Hamburger SV. gegen Werder 4:1. — Antwerpen: Länderspiel Belgien gegen Holland 2:0 (1:0).

#### Wintersport.

**Berliner internationales Eislaufen.** Im Amstelauen für Herren siegte Schäfer (Wien), 2. Härtel (Berlin), 3. Bernhäuser (Berlin). — Kunsteislaufen für Damen (Junioren): 1. Fr. Aurbischel (Wien), 2. Fr. Hecht (Budapest), 3. Dieke (Berlin). — Poolausen: 1. Scholz-Kaiser (Wien), 2. Kiechauer-Gaste (Berlin), 3. Ehepaar Hoppe (Troppau).

**Eishockey.** Berlin: London Lions gegen Riffel-je-Charlottenburg 8:5 (2:5).

#### Leichtathletik.

Den **Uferseilauflauf** des Föderationssportklub über 5000 Meter gewann Nemecy (Zschöba) in 17:27 vor Hon. (Hf. sport) und Wozfeld (Sparta).

Herausgeber Dr. Ludwig Czoch  
Verantwortlicher Redakteur Dr. Emil Strauß  
Druck: Deutsche Zeitungs- u. G. Prag.  
Für den Druck verantwortlich: D. Doll.

### DRUCK- U. VERLAGSANSTALT GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG

empfehlen sich den p. t. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitteilungsblättern, Plakaten, Plakaten, Flugzetteln, Faktoren, Briefpapier usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

**IN TEPLITZ-SCHÖNAU**  
TISCHLERGASSE NR. 6.